

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.
Bezugspreis vierteljährl. 1,50 Mk.
ohne Postbefreiung. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Post-
stellen. Geschäftsstelle Berlin S. 59,
Urbanstr. 63 I. Fernr.: M 961 8653.

Anzeigenpreis
die viergehaltene Zeile 20 Pf.;
für Verbandsmitglieder 60 Pf.;
Stellenangebote 10 Pf.; Bejamm-
lungsanzeigen u. 30 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 37.

Berlin, den 8. September 1918.

34. Jahrgang.

Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Die Erhebung eines Lokalbeitrages von den weiblichen Mitgliedern im Betrage von 5 Pf. wöchentlich ist von der Zahlstelle Wiesbaden beschlossen und von uns genehmigt. Der Beschluß tritt sofort in Kraft.

2. Die Erhöhung ihres Lokalbeitrages um 5 Pf. wöchentlich ist von der Zahlstelle Braunschweig beschlossen und von uns ebenfalls genehmigt worden. Der Lokalbeitrag in Braunschweig beträgt für die Folge für die männlichen Mitglieder 20 Pf. und für die weiblichen Mitglieder 10 Pf. wöchentlich. Der erhöhte Beitrag wird von Woche 40 ab erhoben.

Der Vorstand.

Aus der Statistik der Arbeiterversicherung.

Im letzten Jahre, für das eine Statistik der Arbeiterversicherung vorliegt, nämlich im Jahre 1916, bestanden als Träger der Unfallversicherung 68 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 Zweiganstalten, 49 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie 572 staatliche und gemeindliche Ausführungsbehörden. Die Zahl der versicherten Personen ist nur soweit bekannt, als es sich um die Versicherung durch gewerbliche Berufsgenossenschaften und durch Ausführungsbehörden handelt; sie nahm bei diesen zusammen von 11 455 000 im Jahre 1913 auf 10 329 000 im Jahre 1914, auf 8 532 000 im Jahre 1915 und auf 8 486 000 im Jahre 1916 ab, die Zahl der Vollarbeiter (mit je 300 Arbeitstagen) sank von 10 261 000 im Jahre 1913 auf 7 607 000 im Jahre 1915, um dann im Jahre 1916 wieder auf 7 634 000 zu steigen. Diese Abnahme ist auf die Einziehung vieler Arbeiter zum Kriegsdienst und ihre nur teilweise Ersetzung durch früher nicht gewerblich tätig gewesene Frauen und Jugendliche zurückzuführen. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wird mit 17 403 000 Versicherten gerechnet; das ist eine auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907 ausgeführte Schätzung.

Die Zahl sämtlicher gemeldeter Unfälle betrug 1914: 704 973; 1915: 592 504 und 1916: 606 056; davon hatten zur Folge: den Tod 1914: 9401, 1915: 8963, 1916: 9951; dauernde vollständige Erwerbsunfähigkeit 1914: 793, 1915: 644, 1916: 681. Zum erstenmal entschädigt wurden 1914: 124 086, 1915: 96 227 und 1916: 103 184 Unfälle. Die relative Unfallhäufigkeit, die Zahl der Unfälle auf je 1000 Versicherte oder Vollarbeiter, hat in der Kriegszeit bedeutend zugenommen, was eine nähere Betrachtung der Statistik der gewerblichen Berufsgenossenschaften ergibt, auf die wir uns hier wegen der Mangelhaftigkeit der Statistik der übrigen Versicherungsträger beschränken müssen. Die Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen sank von 10 630 000 im letzten Friedensjahre auf 9 452 000 in 1914, 7 574 000 in 1915 und 7 443 000 in 1916, die Zahl der Vollarbeiter betrug 1913: 9 476 000, 1914: 8 275 000, 1915: 6 692 000 und 1916: 6 703 000. Bringt man damit die Zahl aller Unfälle und der erstmalig entschädigten Unfälle in Vergleich, so kommt man zu einer beträchtlichen Steigerung der Unfallhäufigkeit. Die absolute und relative Unfallhäufigkeit gestaltete sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften wie folgt:

Jahr	Unfälle überhaupt	Unfälle erstmalig entschädigt	Unfälle auf je 1000 Versicherte	Unfälle auf je 1000 Vollarb.
1913	581 211	74 978	54,7	60,3
1914	514 975	66 580	54,3	62,2
1915	427 994	50 119	56,7	63,9
1916	439 485	55 538	59,1	65,6

Berechnet nach der Zahl der Vollarbeiter haben die gemeldeten Unfälle seit 1913 fortwährend zugenommen. Die Zunahme gilt nicht bloß von leichten, sondern auch schweren Unfällen, was nachstehende Zahlen über die tödlichen Unfälle beweisen:

Jahr	Tödliche Unfälle überhaupt	Auf je 100 000 Versicherte	Auf je 100 000 Vollarb.
1913	6594	62	69
1914	5992	63	72
1915	5593	74	84
1916	6426	86	96

Von 1913 bis 1916 haben die tödlichen Unfälle, auf Vollarbeiter bezogen, um 39 Proz. oder zwei Fünftel zugenommen!

Alle Träger der Unfallversicherung gaben für Entschädigung aus: 1914: 177 788 000 Mk., 1915: 173 496 000 Mk. und 1916: 177 863 000 Mk.

In der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft betrug die Zahl der versicherten Betriebe 1915: 4484 und 1916: 4482. Die Zahl der versicherten Personen nahm von 97 035 im Jahre 1915 auf 100 490 im Jahre 1916 zu und die Zahl der Vollarbeiter von 97 207 auf 100 654. (Die Zahl der Vollarbeiter entspricht der Gesamtzahl der im Berichtsjahr geleisteten Arbeitstage geteilt durch 300.) Die Zahl der Unfälle, für die in dem betreffenden Berichtsjahr überhaupt, und die, für welche zum erstenmal Entschädigung gezahlt wurde, gestaltete sich wie folgt:

Jahr	Unfälle, für die Entschädigung gezahlt wurde	Darvon waren erstmalig entschädigte Unfälle
1915	3995	388
1916	4009	460

Die Zahl aller im Laufe eines Geschäftsjahres angezeigten Unfälle ist immer viel größer als die der erstmalig entschädigten Unfälle, da nur in den wenigsten Fällen Anspruch auf Entschädigung durch die Berufsgenossenschaft besteht. So wurden der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft im Jahre 1915 3029 und im Jahre 1916: 3118 Unfallanzeigen erstattet. Auf je 10 000 Vollarbeiter kamen in dieser Industriebranche 1915: 312 und 1916: 310 überhaupt gemeldete Unfälle, es trat also ein geringer Rückgang der allgemeinen Unfallhäufigkeit ein. Erstmalig entschädigte Unfälle kamen in der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft

	1915	1916
auf je 10 000 Versicherte	39	46
auf je 10 000 Vollarbeiter	40	46

Die Häufigkeit der schwereren Unfälle hat also zugenommen. Nach den Folgen der Verletzungen verteilten sich die 1915 und 1916 in der Papierverarbeitung erstmalig entschädigten Unfälle wie folgt:

	1915	1916
Tod	13	9
Dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit	182	248
Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	193	203

Die tödlichen Unfälle waren 1916 weniger zahlreich als 1915, bei den beiden anderen Gruppen ergab sich jedoch 1916 eine Zunahme.

Verursacht werden in allen Jahren weitaus die meisten entschädigungspflichtigen Unfälle durch Motore, Transmmissionen und Arbeitsmaschinen; 1915

wurden 300 und 1916: 322 Unfälle durch solche Betriebseinrichtungen veranlaßt.

Für Heilverfahren wurden von der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft 1915: 25 793 Mk. und 1916: 38 535 Mk. ausgegeben; ferner erforderten Renten an Verletzte 1915: 562 775 Mk. und 1916: 579 835 Mk. und Entschädigungen für Todesfälle 1915: 45 429 Mk. und 1916: 47 817 Mk. Für Unfallverbütung wurden 1915: 24 576 Mk. und 1916: 32 747 Mk. ausgegeben. Die Summe aller Ausgaben betrug 1915: 883 351 Mk. und 1916: 1 027 023 Mk., während die Summe der Einnahmen 1915: 909 721 Mk. und 1916: 1 028 751 Mk. ausmachte. Der Bestand beim Abschluß der Rechnungsergebnisse belief sich auf 1 822 167 Mk.

Wie viele Personen der Invaliden- und Altersversicherung unterliegen, gibt die amtliche Statistik nicht an. Die Zahl der für diese Versicherung eingezahlten Wochenbeiträge ging infolge des Krieges zurück, und zwar von 752,1 Millionen im Jahre 1913 auf 680,8 Millionen im Jahre 1914, 584,6 Millionen im Jahre 1915 und 573,1 Millionen Mark im Jahre 1916; in diesem Jahre war die Zahl der Wochenbeiträge um 179 Millionen Mark geringer als 1913. An Cuttingsarten gingen ein: 1915: 10 939 000, 1916: 10 443 000. Die Summe der Beitragseinnahmen sank von 262,8 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 241,5 Millionen im Jahre 1914, 203,3 Millionen im Jahre 1915 und 201,3 Millionen Mark im Jahre 1916.

An Renten und einmaligen Versicherungsleistungen wurden folgende Beträge ausgezahlt:

Jahr	Renten im Jahr	Webe gegen das Vorjahr	Einn. Leistungen im Jahr	Webr geg. d. Vorjahr
1913	187,9	—	0,6	—
1914	199,6	6,2	0,8	27,3
1915	211,5	6,0	2,7	245,5
1916	251,7	19,0	3,0	9,5

Im Jahre 1916 erforderten Invalidenrenten an Ausgaben um fast 3 Millionen Mark mehr als im Vorjahr, Krankenrenten um 11 Millionen Mark mehr und Altersrenten um 13 1/2 Millionen Mark mehr. Die Mehrausgaben für Altersrenten wurden hauptsächlich durch die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre veranlaßt.

Die folgende Tabelle zeigt den Zugang an Renten in den Jahren 1915 und 1916, sowie den durchschnittlichen Betrag der Renten:

	1915	1916
	Zahl durchschn. Betrag	Zahl durchschn. Betrag
Invalidenrenten	100 790 202 Mk.	107 796 100 Mk.
Krankenrenten	17 491 204 „	83 392 200 „
Altersrenten	11 715 170 „	96 694 179 „
Witwen- u. Witwenrenten	11 294 80 „	13 255 81 „
Waisenrenten	108 008 74 „	112 665 84 „

Die Wirkung des Krieges äußerte sich besonders in einer starken Zunahme der Krankenrenten sowie der Waisenrenten. Die hier angegebene Zahl der Waisenrenten entspricht der Zahl der Waisenkinder, nicht jener der einzelnen Waisen, die mehr als doppelt so groß ist.

Die Einnahmen der Versicherungsanstalten betragen 1915: 209,3 und 1916: 303,4 Millionen Mark, die Ausgaben bezifferten sich 1915 auf 207,2 und 1916 auf 235,6 Millionen Mark. Ende 1916 war ein Gesamtvermögen von 2934,9 Millionen Mark vorhanden; in diesem Jahre ergab sich ein Vermögenszuwachs von 73,8 Millionen Mark. F.

Sichert den Anspruch auf Altersrente.

Nach § 1280 der Reichsversicherungsordnung erlischt die Anwartschaft zur Invalidenversicherung, wenn während zweier Jahre nach dem Ausstellungs- tage der letzten Quittungsnote nicht mindestens 20 Marken auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung geleistet worden sind. Um also die Anwartschaft zu erhalten, müssen diejenigen, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschieden, selbst Marken fleben. Hat jemand vor dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht mindestens 200 Marken, davon 100 auf Grund der Versicherungspflicht geleistet, so erhält er sich den Anspruch auf Invalidenrente, wenn er 20 Marken in zwei Jahren flebt. Diejenigen, die von Anfang an freiwillig der Versicherung angehört, haben eine Wartzeit von 500 Wochenbeiträgen zu erfüllen, diese müssen dann aber alle zwei Jahre mindestens 40 Marken fleben. Welsch hört man die Meinung aussprechen, es genügt, wenn ich in zwei Jahren 20 Marken flebe. Wie oben dargelegt, genügt diese Zahl von Marken, soweit der Anspruch auf Invalidenrente in Betracht kommt, nicht aber unter allen Umständen, wenn es sich darum handelt, das Anrecht auf Altersrente zu erlangen. Um Altersrente zu erhalten, muß der Versicherte bei Zurücklegung des 65. Lebensjahres mindestens 1200 Marken geleistet haben. Für solche Versicherten, die bei Inkrafttreten der Versicherung, zumeist am 1. Januar 1891, das 35. Lebensjahr überschritten hatten, mindert sich diese Zahl um 40 für jedes Lebensjahr über das 35. Lebensjahr hinaus. Sind die erforderlichen Beitragswochen nicht erfüllt, wird der Anspruch auf Altersrente abgewiesen, der Versicherte muß dann solange warten, bis die erforderliche Zahl erreicht ist. Dieser Schaden läßt sich durch die Verwendung einer größeren Zahl von Beitragsmarken abmildern. Einige Beispiele sollen das Vorhergesagte dartun.

Angenommen, ein Versicherter A. scheidet im 40. Lebensjahre aus der Versicherungspflicht aus. Er hatte 1000 Marken geleistet. Bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres hat er noch 25 Jahre zurückzulegen. Bleibt nur A. alle zwei Jahre mindestens 20 Marken, so wird er bis zum 65. Jahre noch 250 Marken fleben können. 1000 Pflichtmarken und 250 Marken auf Grund der Weiterversicherung ergeben 1250 Marken. A. hat also den Anspruch auf Altersrente noch erworben.

Anders jedoch in folgenden Fällen:
 B. ist ebenfalls 40 Jahre alt beim Beginn der Weiterversicherung. Er hatte bis dahin nur 600 Marken geleistet, es fehlen ihm also an der Wartzeit zur Altersrente noch 600 Marken. Da er auch 25 Jahre warten muß, würde er, wollte er gleichfalls alle zwei Jahre nur 20 Marken fleben — also 250 Marken in den 25 Jahren — bei Vollendung des 65. Lebensjahres nur 850 Marken nachweisen können, sein Anspruch müßte also abgelehnt werden. Will B. sich den Anspruch bei Vollendung des 65. Lebensjahres erwerben, muß er daher alle Jahre mindestens 24 Marken fleben. — C. ist 60 Jahre alt, hat 800 Marken geleistet, ihm fehlen also noch 400 Marken. Diese 400 Marken müssen bis zur Vollendung des 65. Jahres, also innerhalb 15 Jahren geleistet werden. C. hat also jährlich 27 Marken zu fleben.

Wird jemand vor Vollendung des 65. Lebensjahres invalid, so können ihm die mehr geleisteten Marken gleichfalls zugute, da sich die Invalidenrente mit jeder mehr und in höherer Klasse geleisteten Marke erhöht.

Wir glauben durch diese wenigen Beispiele gezeigt zu haben, wie notwendig es ist, eventuell auch über die Zahl von 20 Marken innerhalb zweier Jahre Marken zu fleben. Kann der freiwillig Versicherte die Berechnung nicht vornehmen, wendet er sich am besten an das zunächst gelegene Arbeitersekretariat, wo ihm zweckdienlich Rat erteilt werden wird.

Bei Beachtung des Obigen schützt sich mancher vor Nachteilen.

Aus unserem Beruf.

Der 37. Verbandstag des Bundes deutscher Buchbinderinnungen fand am 18. und 19. August in Chemnitz statt. Neben den üblichen Berichten bildeten diesmal die Fragen der Rohstoffversorgung und Tariffragen die hauptsächlichsten Beratungsgegenstände. Die Einleitung der Tagung bildete die bei Arbeitsberatungen selbstverständliche, bei Arbeiter tagungen aber immer ausbleibende Begrüßung durch das Stadtobhaupt des Tagungsortes. Gleich beim Geschäftsbericht des Bundesvorstandes fehlte dann aber die Abwehr der Preisdrückerei ein, die jetzt mehr und nachdrücklicher seitens des Innungsbundes betrieben wird, wie das vor noch gar nicht langer Zeit der Fall zu sein pflegte.

Herr Professor Paasov von der königlichen Bibliothek in Berlin hat in der Presse den Bundesrat der Innungsmeister als zu hoch bezeichnet, weil er für die Buchbindermeister von ihrem Standpunkt aus gesehen „geradezu ideale“ Preise vorschle. Der Bundesvorstand hat sich gegen diesen Angriff kräftig gewehrt und ist sogar in einer Streitschrift gegen den preisdrückenden Herrn Professor vorgegangen, nachdem die „Blätter für Volksbibliotheken und Lesesalen“, die den Angriff brachten, der Abwehr ihre Spalten verschlossen hatten. Der Verbandstag unterstrich lebhaft die in Frage stehenden Bemühungen des Bundesvorstandes.

Ueber die „Rohstoffversorgung“ sprach zunächst im allgemeinen der Leiter der Berliner Rohstoffverteilungsgesellschaft, Herr Küsthaus, während Herr Kallmann, von der Bezugsvereinigung für das Buchbindergewerbe, sich mehr mit den Versorgungsfragen im eigenen Beruf beschäftigte. Nach Darlegungen über die Notwendigkeit der öffentlichen Verwaltung der Rohstoffe und Schilderungen der Schwierigkeiten ihrer Durchführung erklärte zunächst Herr Küsthaus, daß die gemeinschaftliche Rohstoffversorgung auch nach dem Kriege noch notwendig sein werde und trat ein für die Selbstverwaltung des organisierten Handwerks in der Rohstoffverteilung, während Herr Kallmann sich gegen die Belieferung der Großbetriebe mit tierischem Leim direkt durch die Leimverteilungsgesellschaft in Berlin wandte und eine Lanze brach für die einheitliche Belieferung aller Buchbinder durch die Bezugsvereinigung. Eine entsprechende Entschließung gelangte zur Annahme und soll an das Reichswirtschaftsamt gehen.

Bei der Beratung der „Tariffragen“ handelte es sich besonders um den Preistarif der Buchbinderinnungen, der infolge der Kriegsteuerung in der bisherigen Form nicht mehr anwendbar ist. Herr Kallmann, der Vater des Tarifs, bezeichnete eine Umarbeitung in Anbetracht der ungleichen Verhältnisse als eine unnütze Arbeit, weil beim schnellen Wechsel der Materialpreise und der Betriebsauskosten die Preise immer sehr schnell wieder veraltet sein würden. Er empfahl prozentuale Aufschläge auf den alten Tarif, die ebenso wie bisher schon auch weiter von Zeit zu Zeit durch den Bundesvorstand festgesetzt werden sollten. Die Mehrzahl der Redner vertrat aber die Ansicht, daß eine Umarbeitung des Tarifs doch erfolgen solle, um möglichst sichere und einheitliche Preise zu schaffen und den Meisterfrauen, deren Männer Kriegsdienste leisteten, mit einem festen Tarif an die Hand zu geben. Es wurde beschlossen, unzüglich eine Umarbeitung des Preistarifs vorzunehmen und einen 100prozentigen Aufschlag der neuen Berechnung zugrunde zu legen.

In der vorerwähnten Aussprache nahm Herr Fiedler aus Chemnitz als erster Bezug auf die Forderung der Gehilfen nach Erhöhung der Teuerungszulagen. Er erblidete in höheren Löhnen einen Grund mit für die Erhöhung des Innungstarifs, bezeichnete es aber auf alle Fälle im Interesse des Berufs für notwendig, daß die Teuerungszulagen oder die Löhne zeitgemäß erhöht würden. Nebenfalls dürften die Löhne der Buchbindergehilfen hinter denen der Buchdrucker nicht wesentlich zurückstehen. Auch Herr Kallmann trat dafür ein, daß den berechtigten Ansprüchen der Gehilfen Rechnung getragen werde, und hinterher erklärte auch Herr Hensch, daß der Gehilfenverband in dieser Angelegenheit neuerdings wieder an den Bundesvorstand herangetreten sei und ersucht im Namen des Vorstandes, den berechtigten Wünschen der Gehilfen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Zu direkten Beschlüssen kam es in dieser Angelegenheit nicht, aber schon die Aussprache und insbesondere die Erklärung des Bundesvorstandes zeigt, daß auch in Innungskreisen die Erkenntnis sich mehr und mehr durchdringt, daß nicht niedrige Löhne dem Meister Vorteile bringen, sondern vielmehr eine angemessen entlohnte Arbeiterschaft. Diesen haben weiterzuspinnen ist Sache unserer Bau- und Ortsverwaltungen und der gesamten Kollegenschaft in den Innungsbetrieben. Daß auch die Innungsmeister die erhöhten Teuerungszulagen bei der gegenwärtigen Geschäftslage zu tragen vermögen, ist durch die Aussprache auf der Innungstagung zum Ausdruck gekommen. Um so mehr muß nun aber auch dafür Sorge getragen werden, daß nicht nur einzelne Arbeitgeber oder einzelne Gruppen derselben zeitgemäße Teuerungszulagen zahlen, sondern daß diese auf der ganzen Linie zur Durchführung gebracht werden.

Was unsere Kollegen aus dem Felde schreiben!

Etwas über Lebensmittel- und andere Preise in der Ukraine. Unjet Stand ist noch immer in der südlichen Ukraine. Ich habe beim Durchstreifen des Landes Zeit und Gelegenheit gehabt, Land und

Leute näher kennen zu lernen, zugleich aber auch die — Teuerung, die hier herrscht. Hier, in einem der fruchtbarsten Landstriche, den man in Friedenszeiten nicht mit Unrecht die Kornkammer Europas nannte, zeigt sich recht augenfällig, wie die Kriegsatmosphäre geradezu ungeheuerliche Preissteigerungen hervorruft, die als ein Schulbeispiel dafür dienen können, wohin in Deutschland die Reise gehen würde, wenn nicht durch Höchstpreise und kräftiges Zugreifen bei der Beschlagnahme einigermaßen Einhalt geboten würde.

Obgleich der Krieg stellenweise die Früchte des Geldes vernichtete und die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland und Oesterreich begonnen hat, sind hier alle Nahrungsmittel in Massen vorhanden. Das vermag aber nicht zu verhindern, daß der Teil der Bevölkerung, der Lebensmittel zu kaufen genötigt ist, unheimlich geschöpft wird. Geringe Preischwankungen sind hier wie überall natürlich immer vorgekommen, doch sind dieselben nicht sonderlich ins Gewicht gefallen. Heute ist das anders geworden. Alle Waren weisen gegen früher eine gewaltige Preissteigerung auf, die zu Lasten der Abnehmer, also insbesondere der städtischen Bevölkerung, geht.

Hier einige Beispiele dafür, bei denen zu beachten ist, daß das russische Pfund nach deutschem Gewicht 400 Gramm sind und der Rubel = 100 Kopfen etwa 2 M. gilt.

Es kosteten	1914	1918
1 Pfund Rindfleisch	0,20 Rbl.	1,30—2,00 Rbl.
1 „ Schweinefleisch	0,20	1,40—2,50 „
1 „ Hammelfleisch	0,25	1,40—2, „
1 „ Schmalz	0,20—0,25	3,00—6,00 „
1 „ gefalz. Speck	0,28	4,00 „
1 „ Butter	0,80—0,85	4,00—5,00 „
10 Eier	0,18—0,20	1,70—2,50 „
1 Pfund Brot	0,05	0,25—0,40 „
1 „ Mehl (1. Sorte)	0,05	0,20—0,39 „
1 „ Kartoffeln	0,02	0,25—0,40 „

Um sich gegen die schier ins Unendliche gebenden Preissteigerungen einigermaßen zu schützen, haben einige Städte Höchstpreise eingeführt, erhielten aber als Folge davon — keine Waren mehr. (Also ganz wie bei uns! Die Schrift!) In Nikolajew z. B. war die Folge der Festsetzung von Höchstpreisen für Brot, daß man solches unter der Hand kaufen und für ein Weißbrot im Gewicht von 4 Pfd. bis zu 8 Rubel zahlen mußte. Ein Huhn kostete in Friedenszeiten 70—80 Kopfen, heute zahlt man dafür 6,50—8 Rubel. Eine Gans wurde früher mit 1,50—2 Rubel bezahlt, und heute muß man bis zu 30 Rubel dafür anlegen.

Ebenso oder wohl noch gewaltiger sind die Preise für andere Sachen gestiegen. In Cherson wurden bei meinem Aufenthalt für ein Paar hohe Damenschuhe glatt 225 Rubel bezahlt. Meiderstoffe und auch Weizwaren sind fast gar nicht zu haben. Ein Herr, der von Moskau kam, hatte für einen Anzug und einen Ueberzieher 2400 Rubel bezahlt. Die Schneider haben wohl Aufträge, wenn nicht Neues, so doch Änderungen, aber woher den Zwirn nehmen? Für ein Köllchen Zwirn, welches bei uns früher 10 Pf. kostete, zahlt man hier heute ohne Einwand 4 Rubel.

Der Wissenschaft halber habe ich mit Bauern und Händlern gesprochen und sie darauf hingewiesen, daß diese Preise doch in gar keinem Verhältnis zum Wert der Waren ständen. Das wurde mir zugegeben, aber man sagte mir: „Ich gebe Ware und erhalte ein Stück Papier dafür, dessen Wert ein zweifelhafter ist.“ Man kann also nicht nur von kapitalistischer Preistreiberi sprechen, sondern die Unsicherheit der politischen Lage trägt hier auch mit zu dem Wucher bei, den Große und Kleine, auch die ganz Kleinen, in hohler Eintracht betreiben. Wenn unter diesen Umständen Nahrungsmittel von hier nach Deutschland ausgeführt werden, so darf man sich über die hohen Preise nicht wundern. Die Ukrainer dürfen sich dann aber auch nicht wundern, wenn ihnen andere Waren, die man in die Ukraine einführen will, ebenfalls nur zu hohen Preisen geliefert werden. Eins ist gewiß, wenn Deutschland bei diesem Handel nicht der Geschöpfte sein soll, ist eine Zentralstelle, die Ein- und Ausfuhr regelt, unerlässlich.

Wir liegen zurzeit in A. auf der Halbinsel Krim, einem Städtchen von etwa 8000 Einwohnern, die aus Russen, Tataren und Juden bestehen. Es liegt in einem fruchtbarsten Tale, auf der einen Seite von hohen Bergen umgeben und auf der anderen vom Meere bespült. Es wird hier Tabak, Wein und massenweise Obst gebaut. Dabei darf man sich aber keine falschen Vorstellungen machen und von billigen Kirichen träumen, denn das Pfund kostet — 2 Rubel.

Sonst aber ist es hier schön. Die Gegend ist herrlich und gesund. Mit unserer früheren Stellung in Rumänien ist die hierige gar nicht zu vergleichen.

W. M.

Nach Beiträgen	Unterstützung	
	wöchentlich	Höchstbetrag
1. Klasse: 26	12 Kronen	24 Kronen
52	16 "	128 "
156	18 "	180 "
260	22 "	264 "
2. Klasse: 26	9 Kronen	18 Kronen
52	12 "	96 "
156	15 "	150 "
260	18 "	180 "
3. Klasse: 26	7 Kronen	14 Kronen
52	9 "	54 "
156	12 "	72 "
260	14 "	112 "

Die Reiseunterstützung ist auf 1,50 bzw. 2 Kronen erhöht, als Abreiseunterstützung wird der Betrag der Arbeitslosenunterstützung für eine Woche gezahlt, aber 30 Kronen, wenn die Reise ins Ausland geht. Neu eingeführt ist eine „Uebersiedlungsunterstützung“ (Umzugsunterstützung) für männliche Mitglieder. Dieselbe beginnt nach 104-wöchiger Beitragsleistung mit 35 Kronen und steigt bei 520 Wochen Beitragsleistung auf 100 Kronen.

Außerdem sieht das Unterstützungsreglement Invalidenunterstützung vor, die nach 10jähriger Beitragsleistung mit 45 Kronen monatlich beginnt und nach 20jähriger Beitragsleistung auf 60 Kronen monatlich steigt. Als Witwenunterstützung ist eine einmalige Zahlung von 120 bis 450 Kronen vorgesehen und als Waisenunterstützung eine solche für jedes Kind von 30 bis 60 Kronen.

Wir wünschen dem ungarischen Bruderverband, daß andauernd günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und der ganze Gang der Entwicklung ihm die Durchführung aller dieser Unterstützungs-einrichtungen in der vorgesehenen Weise ermöglichen möge, vermögen aber keinen Zweifel daran doch nicht zu unterdrücken, zumal dem Fachverein, aus dessen Kasse alle Unterstützungen zu zahlen sind, nur 60—65 Proz. des Beitrages zufließen.

Rundschau.

Der Verband der Lithographen und Stein-drucker hat im Jahre 1917, ebenso wie leider auch die Verbände in anderen kunstgewerblichen Berufen, an dem sonst in der Gewerblichkeitsbewegung zu verzeichnenden Aufschwung nicht teilnehmen können. Infolge lebhafter Abwanderung in andere Berufe und durch die Einberufungen zum Militär, die sich hier besonders fühlbar machen, weil der Verband nur männliche Mitglieder hat, ist die Mitgliederzahl im letzten Jahre von 5532 auf 5135 Mitglieder zurückgegangen, was eine Einbuße von 397 Mitgliedern ergibt. Der Verband, der vor dem Kriege 16500 zählte, ist also auf etwa ein Drittel dieser Zahl zusammengeschrumpft, was allerdings sofort anders werden muß, wenn die große Zahl der jetzt unter den Fahnen stehenden Mitglieder nach dem Kriege wieder zur beruflichen

Tätigkeit und in die Reihen der Organisation zurückkehrt.

Zur Abwanderung in andere Berufe, namentlich in die Kriegsindustrie, haben die unsicheren Berufsverhältnisse und die verhältnismäßig geringe Lohnsteigerung während des Krieges außerordentlich angereizt. Betrag doch trotz der Teuerung die Steigerung der Löhne von Kriegsausbruch bis Ende 1917 einschließlich der Teuerungszulagen nur etwa 30 bis 50 Proz. der Friedenslöhne, trotz der einbringlichsten Bemühungen der Organisation auf Herbeiführung eines gerechten Ausgleichs.

An den erzielten Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen, die im Jahre 1917 insgesamt 24 180 M. pro Monat betragen, hatten über 5000 Berufsangehörige Anteil. Bei den Chemigraphen erfolgten die Zulagen durch Beschlüsse des Tarifamtes, während im Lithodruckgewerbe das Tarifamt sich noch nicht als aktionsfähig erwies, so daß von einer nennenswerten Verbesserung des Einkommens in diesem Berufe nicht gesprochen werden kann. Die Stein-drucker und zum Teil auch die Litho-graphen haben durch Eingelborgehen besser aSgeschritten.

Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich insgesamt auf 313 906 M., denen eine Ausgabe von 297 071 M. gegenübersteht. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung war gering, die für Krankenunterstützung ist aber trotz der geringeren Mitgliederzahl wesentlich größer geworden. Der Kassenbestand betrug Ende 1917 415 200 M.

Die Mitgliederzahl in der Lehrlingsabteilung ist von 1068 auf 924 zurückgegangen. Der Verlust ist aber erklärlich durch den erheblichen Rückgang der Lehrlingszahl in der Lithographie und der Stein-druckerei. Nur in der Chemigraphie ist die Zahl der Lehrlinge unverändert geblieben.

Der Verband der Lithographen und Stein-drucker hat dennoch unter dem Druck des Krieges mehr und nachhaltiger wie fast alle anderen Gewerkschaften zu leben.

Erstes und Weiteres von der Lebensmittelversorgung. Ein sehr bedenkliches Verfahren wird von der Reichsartoffelstelle insofern angewandt, als mit den in bestimmten Bezirken geernteten Kartoffeln nicht vorerst die nahe gelegenen Orte versorgt werden und etwaiger Ueberschuß in andere Bezirke versandt wird, sondern anscheinend ein arges Durcheinander beim Versand der Kartoffeln angedichtet wird. So wurde in der Stadtverordnetenversammlung der sächsischen Stadt Meißen bitter darüber geklagt, daß die Stadt nur mangelhaft von weit her mit Kartoffeln beliefert werde, während rund um Meißen herum Kartoffeln im Ueberfluß geerntet sind, die aber wieder anderswo hin geliefert werden müssen. Von 240 Zentner Frühkartoffeln, die von Angermünde in Brandenburg nach Meißen geliefert wurden, sind zwei Drittel verdorben dort angekommen. Alle Vorstellungen der Meißener Stadtverwaltung bei der Reichsartoffelstelle um anderweitige Regelung sollen vergeblich gewesen sein. Und dabei existieren bei uns Transportschwierigkeiten, deren Be-

hebung allerdings nicht zum Ressort der Reichsartoffelstelle gehört. Man könnte lachen über solche Vorgänge, wenn sie nicht gar so ernst wären.

Ein anderer Vorgang, den man eher von der heiteren Seite betrachten kann, spielte sich in Mariendorf bei Berlin ab. Ein Kontrolleur der Poststelle Groß-Berlin ließ auf einem Kontrollgange in Mariendorf eine Frau an, die mit einem Topf voll frischer Milch daherkam. Die Frau gab zu, daß sie die Milch ohne Kartenabgabe von einem Gastwirt entnommen habe, die Befragung derselben erlitt dann aber eine Unterbrechung durch das Dazwischentreten des Bürgermeisters von Mariendorf, der sich die Einmischung des Kontrolleurs in Mariendorfer Angelegenheiten verbat. Schließlich stellte sich heraus, daß die milchholende Frau die Ehefrau des — Bürgermeisters war, daß die Gemeindeverwaltung acht zur Schlichtung bestimmte Kühe bei jenem Gastwirt einstellte, daß dieser Milch nicht abliefern, wohl aber der Gattin des Herrn Bürgermeisters Milch markenfrei überlassen hatte. Der Herr Bürgermeister ist inzwischen vom zuständigen Landrat darüber belehrt worden, daß sein und seiner Frau Gemahlin Verfahren mit den einschlägigen Verordnungen nicht in Übereinstimmung steht; die Einleitung eines vom Bürgermeister gegen sich selbst beantragten Disziplinarverfahrens hat der Landrat aber abgelehnt, da er gegen den Herrn Bürgermeister nicht disziplinarisch glaubt einschreiten zu können, weil dessen Gemahlin markenfreie Milch bezogen hat.

Wir gönnten zwar der Frau Bürgermeister und auch ihrem Herrn Gemahl das Töpschen Milch; aber wer im Glashaufe sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, was zu beachten in diesem Falle auch dann noch gut gewesen wäre, wenn die der Frau Bürgermeister gelieferte Milch nicht von den der Gemeinde gehörenden Kühen stammte, sondern von einer Kuh, die jenem Gastwirt zu eigen war, wie in der letzten Gemeindevertreterversammlung in Mariendorf berichtet wurde.

Auszeichnungen.

Durch Verleihung des Eisernen Kreuzes wurden im Felde neuerdings ausgezeichnet die Kollegen Gustav Hermann, Artur Köhler, Max Prinzling, Gustav Friedrich, Mitglieder in Berlin, Karl Meyer, Mitglied in Hannover, Adolf Grab, Karl Köllner, Mitglieder im Gau 9.

Das Eiserne Kreuz und die Bawische Verdienstmedaille erhielt der Kollege

Franz Müller, Mitglied in Karlsruhe.

Das Eiserne Kreuz und die Bawische Tapferkeitsmedaille erhielt der Kollege

Hermann Lautenschläger, Mitglied in Saarbrücken.

Die bronzene Tapferkeitsmedaille wurde unter gleichzeitiger Beförderung zum Unteroffizier verliehen dem Kollegen

Max Friedmann, Mitglied in München.

Zahlstelle Düsseldorf.
Am 26. August starb nach längerer Krankheit unser treues Mitglied
Ernst Waldmann
im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Tüchtiger Schnellpresser
(Vertikalschraube) dauernde Stellung verlangt
Buchbinderei Bleistein,
Berlin SW., Friedrichstraße 16.

Größeren Posten dickes
Pluviusin-Kunstleder,
geeignet für Taschen, Brieftaschen usw.,
einzutauschen gegen dünne bunten
Kaliko.
Orth & Jente, Berlin SO. 16.
Abalberstraße 30.

Buchbindergehilfen
(Beschneider, Sortimenter, Presser, Deckenmacher, Fertigmacher) in Dauerstellung gesucht.
Drucker-Ges. Hartung & Co.,
Hamburg 25.

Neu-Leim
konkurrenzlos, prima Qualität, für Buchbindereien u. Kartonagenfabriken usw. bestens bewährt,
hat noch bezugscheinfrei abzugeben
M. Melland, Mannheim,
Koblenstraße 11.

Prägefolien liefert preiswert
Otto Müller, Berlin S.
Wasserlostr. 34. * Amt Moritzplatz 5522.

Anzeigen
finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingesandt ist.

Für Holz- und Möbel-Industrie
Für Lederverarbeitungs-Industrie
Für Papier- und Kartonagenfabriken
Für Buchbindereien
Für Maler und Tapezierer
Für Brauereien zum Etikettieren von Waggons und Bierflaschen
Für Weinhandlungen und Mineralwasserfabriken
Für Konservenfabriken
Für Zündholzfabriken usw.
ebenso:
Für Behörden, Eisenbahnen, Post- und Zollämter

Vollständig verkäuflich Heißleime und Klebstoffe
Bezugscheinpflichtige Kaltleime

in bewährten Qualitäten.
Bei Anträgen erbiten Angabe ob Grassiat oder Selbstverbraucher, ebenso Verwendungszweck.

Kaltleim- u. Klebstoff-Fabrik
J. Oberzimmer & C. F. Sautter
MÜNCHEN 2, Schwanthalerstr. 73
Lieferanten von Militär- und Staatsbehörden.
Fernruf 54 209 u. 55 711. * Telegr.-Adr.: Obersautter.

Bestklassige bei der Industrie gut eingeführte Vertreter werden an allen Plätzen gesucht.